

Verstehen. Verantworten. Verändern.

Positionspapier zur Klausurtagung am 03. März 2021



CDU FRAKTION IM LANDTAG
BRANDENBURG

Verstehen: Öffnungen und aktuelles Pandemiemanagement

Der Lockdown hat gewirkt: Die Infektionszahlen sind deutlich gesunken und haben sich auf moderatem Niveau eingependelt. Wir wollen diese positive Entwicklung sichern. Dies bedeutet, dass wir notwendige Lockerungen der Eindämmungsvorschriften und eine Rückkehr zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben mit zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen kombinieren müssen. Die Schnell- und Selbsttests bieten hierfür neue Chancen und Möglichkeiten. Zudem gilt es, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zum Infektionsgeschehen zu berücksichtigen, die für eine Neuausrichtung herangezogen werden können. Vor diesem Hintergrund erachtet die CDU-Fraktion folgende Grundsätze für den weiteren Umgang mit der Pandemie für geboten:

Mit kostenlosen Selbst- und Schnelltests das Corona-Virus zurückdrängen

Die Verfügbarkeiten von einfach anwendbaren Schnell- und Selbsttests sowie digitalen Kontaktnachverfolgungstools erlauben eine Neujustierung beim Infektionsschutz, vor allem für Risiko-Infektionsbereiche. Die Teststrategie an Schulen kann unter diesem Gesichtspunkt erweitert und der Unterricht entsprechend organisiert werden. In risikobehafteten Wirtschaftsbereichen sollen regelmäßige Tests obligatorisch durch den Arbeitgeber für die Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen auch Angebote in geschlossenen Räumen wieder öffnen, wenn die Teilnehmer nach Impfung oder durch Selbsttest nachweisen können, nur ein sehr geringes Ansteckungsrisiko aufzuweisen. Dies gilt auch für Kultur-, Musik-, Freizeit- und Sportveranstaltungen. Insbesondere können Tests Öffnungen des Handels und der Gastronomie sowie touristische Beherbergungen wieder planbar machen.

Freiluft-Freigabe noch im März als Grundprinzip etablieren

Zahlreiche Studien belegen: Das Risiko, sich mit dem Corona-Virus zu infizieren, ist im Freien bei Einhaltung von Abständen sehr gering. Brandenburg hat deshalb Tierparks und den Pflanzenverkauf unter freiem Himmel wieder geöffnet. Es ist jedoch eine weitergehende Freigabe von Freiluftaktivitäten als Paradigmenwechsel sinnvoll. Das bedeutet, wo Aktivitäten im Freien möglich sind, sollen sie noch im März 2021 grundsätzlich unter Einhaltung von Abstandsregeln oder des Tragens eines Mund-Nasen-Schutzes erlaubt werden.

Dies betrifft beispielsweise:

- Kontaktbeschränkungen im Freien für Haushalte entsprechend zu lockern,
- Sport im Freien auch für Mannschaften, insbesondere im Nachwuchsbereich, möglich zu machen,
- Außengastronomie zu öffnen,
- Verkaufsflächen im Freien und
- Open-Air-Kulturveranstaltungen zuzulassen.

Mit Impferfolg Übergang von staatlichen Vorgaben zu Eigenverantwortung

Das Wesen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ist die Selbstbestimmung. Zugleich besteht eine gesellschaftliche, soziale Verantwortung. Dieses Verhältnis gilt es, gerade in einer Not- oder Pandemielage, immer wieder neu zu justieren. Schon ab sofort sollte beispielsweise die Möglichkeit des „Click&Meet“ für den Handel erlaubt werden. Mit Abschluss der Impfgruppe 3 – Personen mit erhöhter Priorität, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder bei denen ein erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf besteht – kann statt genereller Eindämmungsmaßnahmen auf verantwortungsvolles Handeln in Eigenverantwortung (Abstände, Masken und Hygiene) umgestellt werden. Nach dem Schutz der vulnerablen Gruppen liegt es in der individuellen Abwägung, welches Risiko, beispielsweise beim Besuch von Veranstaltungen, für sich und sein Umfeld eingegangen werden kann.

2



Verantworten: Mit Auswirkungen der Pandemiemaßnahmen umgehen

Der Umgang mit einer weltweiten Pandemie und die restriktiven Maßnahmen des Infektionsschutzes mit erheblichen Grundrechtseinschränkung waren eine vollkommen neue Lage in der Geschichte der Bundesrepublik. Viele Prozesse und Entscheidungen mussten erstmalig durchlaufen werden. Demzufolge sind positive und zufriedenstellende Erfahrungen zu verzeichnen, aber auch Probleme und verbesserungswürdige Abläufe. Um daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bedarf es einer umfassenden Analyse und Bewertung nach dem Ende der Pandemie. Zunächst gilt es jedoch, die unmittelbaren Auswirkungen der pandemiebedingten Maßnahmen und Einschränkungen zu benennen und mittelfristig zu bewältigen.

Lernstände analysieren, Bildungslücken schließen und Fachkräfte gewinnen

Zunächst muss eine grundlegende Erhebung der Lern- bzw. Rückstände stattfinden, die durch die coronabedingten Maßnahmen an den Schulen zu verzeichnen sind. Auf dieser Grundlage sind bedarfsgerechte Angebote für freiwillige pädagogische Angebote zu entwickeln bzw. zu unterstützen. Dies bietet zudem die Chance, den Wert der dualen Ausbildung und den Weg zur Fachkraft stärker zu betonen und für junge Menschen attraktiv zu gestalten.

Soziale und psychologische Belastungen auffangen

Viele Menschen waren und sind durch die Corona-Pandemie psychisch belastet, weil der Arbeitsplatz gefährdet oder Existenzen bedroht sind. Zudem gehört das Thema Einsamkeit immer häufiger zur Lebenswirklichkeit. Kontakteinschränkungen und geschlossene Schulen haben Familien vor ganz neue Herausforderungen gestellt. Auf einem Familiengipfel wollen wir deshalb mit den Familien über ihre Erfahrungen aus der Corona-Krise und deren Wünsche und Bitten für die Zukunft sprechen. Dabei sollen neben Familien und den Familienverbänden auch weitere Experten wie Kinderärzte, Kinderpsychologen, Sozialarbeiter oder die Brandenburgische Sportjugend einbezogen werden.

Wirtschaft und Finanzen wieder ins Gleichgewicht bringen

Die hohen Staatsausgaben in der Pandemie sind notwendig und angesichts von Negativzinsen in dieser Notlage gerechtfertigt. Es gilt nun aber, diesem Vertrauen der Finanzmärkte gerecht zu werden. Wir streben an, schnellstmöglich zu einer soliden Finanzpolitik unter Einhaltung der Schuldenbremse, möglichst ab dem Jahr 2023, zurückzukehren. Das gebietet der Grundsatz der Generationengerechtigkeit. Wir bekennen uns klar zur Sozialen Marktwirtschaft und positionieren uns gegen Staatskapitalismus. Staatliche Investitionen müssen daher vor allem in Zukunftstechnologien fließen, um die richtigen Anreize zu setzen.



Verändern: Chancen und Potentiale erkennen

Wir stehen als Politik vor der Aufgabe, mit dem bereits vorhandenen und zunehmenden Veränderungsdruck in Wirtschaft und Gesellschaft umzugehen, der in der Corona-Pandemie besonders offenkundig wurde. Am Ende einer so umfassenden Krisensituation ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um die drängendsten Zukunftsfragen ins Zentrum politischen Handelns zu stellen und die Erfahrungen des vergangenen Jahres als Chance zu begreifen.

Digitalisierung und Modernisierung vorantreiben

Die Digitalisierung in den Schulen wurde noch nie in so kurzer Zeit vorangetrieben – trotz aller Probleme und Hindernisse. Dieser Weg muss in allen Bereichen fortgeführt werden, beispielsweise beim eGovernment oder der Telemedizin (eHealth). Darüber hinaus müssen Angebote des lebenslangen digitalen Lernens ausgebaut werden. Überflüssige bürokratische Vorgaben für Unternehmen und Verwaltung sind abzubauen, Entscheidungsprozesse zu beschleunigen. Die Verwaltung, der Öffentliche Dienst, muss wieder mehr Anziehung auf die Klügsten und Besten ausüben. Sie muss dafür technisch aufgerüstet, modernisiert und attraktiver gemacht werden.

Flexible Arbeitsmodelle weiterentwickeln

Arbeitsmodelle, die vor der Corona-Krise als schwer realisierbar galten, sind plötzlich anwendbar. Auch nach dem Ende der Pandemie sollen diese Möglichkeiten nicht wieder einfach zurückgeführt werden. Sie können nicht nur mehr Zeit für die Familie bringen, sondern stärken auch den ländlichen Raum als Lebens- und Arbeitsort. Werden Homeoffice und Videokonferenzen als selbstverständliche Ergänzung verstanden und die notwendige Technik bereitgestellt, gibt es die realistische Chance, Fachkräfte aus Metropolen anzuwerben, da ein Umzug nicht mehr zwingend ist. Der Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur und eine Beschleunigung von Planungsverfahren ist außerdem notwendig, um den ländlichen Raum attraktiv für wirtschaftliche Ansiedlungen zu machen und hochqualifizierte Arbeitsplätze zu gewinnen. Brandenburg braucht ein gemeinsames Standortmarketing mit Berlin.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit bewusster umsetzen

Die Pandemielage hat vieles verändert: Regionale Versorgungsketten haben an Bedeutung gewonnen. Es gab deutlich weniger Individual- und Pendlerverkehr. Bei zukünftigen Investitionsentscheidungen, gerade aus dem REACT-EU-Programm, sollen maßgeblich nachhaltige und klimafreundliche Kriterien herangezogen werden. Die Stimulierung des Wettbewerbs um klimafreundliche Energiegewinnung und klimafreundliches Wirtschaften wird dazu beitragen, die Klimaziele 2050 zu erreichen.

